

TAWERER SCHÄNZJER

Das SPD Forum in Tawern



Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Ortsverein Tawern

54456 Tawern, im Januar 2012 — Ausgabe 1/2012 — 16. Jahrgang

<http://www.spd-tawern.de>

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Tawern und Fellerich

(red) Die SPD-Fraktion wird in der nächsten Sitzung des Ortsgemeinderates Tawern den Antrag einbringen, den „Vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Ortsgemeinde Tawern, Teilgebiet Fellericher Plateau“ auf Grund der aktuellen Sachlage umgehend und endgültig zu beenden.

Zu einer geheimnisumwitterten nichtöffentlichen Sitzung hatte Ortsbürgermeister Weirich den Tawerner Rat kurz vor Weihnachten, am 19. Dezember 2011, eingeladen.

Die uns bekannt gewordene Tagesordnung dieser Sitzung hatte z.B. *Planungsrechtliche Angelegenheiten bezüglich des „Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Ortsgemeinde Tawern, Teilgebiet Fellericher Plateau“* zum Gegenstand. Was soll ein Vorhaben, dessen Inhalte die Spatzen von den Dächern pfeifen und das darüber hinaus bereits öffentlich bekannt gemacht ist, an geheim zu haltenden Details beinhalten?

SGD Nord bestätigt den Standpunkt der SPD

Dem Vernehmen nach hat am 23.11.2011 bei der Struktur- und Genehmigungsbehörde Nord in Koblenz (SGD Nord), als obere Landesplanungsbehörde, eine Besprechung stattgefunden. Anwälte, Investor, Tawerns Ortsbürgermeister und Vertreter der VG-Verwaltung Konz sollen dabei gewesen sein.

Die Thematik, wie könnte es anders sein, wird wohl das „Lieblingsprojekt“ von Josef Weirich, das Wohnungsbauprojekt auf dem Fellericher Plateau gewesen sein. Das Ergebnis der Besprechung, so war zu erfahren, war inhaltlich gleichlautend mit dem, was die SPD bereits seit 2007 weiß:

Der auf Grundlage des raumordnerischen Entscheides vom 3. Dezember 2003 basierende Flächennutzungsplan (FNP) für das ursprüngliche Gesamtprojekt Feriendorf mit Golfplatz, Golfclub und Luxushotel auf Tawerner und Temmelscher Gebiet kann nicht Grundlage für das angedachte spekulative Wohnungsbauprojekt auf dem Tawern-Fellericher Teil des Fellericher Plateaus sein.

Nach Aussage der oberen Landesplanungsbehörde bei der SGD Nord ist, falls man an den Wohnungsbauabsichten festhält, ein neuer raumordnerischer Entscheid unverzichtbar.

Zwanghaftes Klammern

Laut Weirich und Co. ist das Ergebnis „politisch“ begründet. Für die SPD ist es die Durchsetzung von Recht und Ordnung.

Ist es Vermessenheit oder Begriffsstutzigkeit oder gar ein anderer Zwang, der die Wohnungsbauprotagonisten trotzdem weiter scheinbar so unbeirrt antreibt? Jeder vernünftige Mensch hätte spätestens zum Zeitpunkt der Auflösung des gemeinsamen Planungsverbandes im Jahre 2009 gesagt: **Schluss jetzt!**

Nicht so die Herrschaften der Tawerner CDU. Statt eines Ende mit Schrecken riskieren sie Schrecken ohne Ende.

ERNEUERBARE ENERGIEN

(es) Das Thema Windkraft ist in der Verbandsgemeinde Konz als Solidaritäts-Thema erkannt worden.

Während in anderen Gemeinden/Verbandsgemeinden die Flächennutzungspläne bereits im Hinblick auf Möglichkeiten der Windkraftnutzung untersucht werden, beschäftigt man sich in Tawern immer noch hartnäckig mit dem Verhökern eines windkrafthöffigen und photovoltaikgeeigneten Hochplateaus zu Gunsten spekulativen Wohnungsbaues.



Windkraft auf Rölerhöcht als Option

Nach uns vorliegenden Fachinformationen ist bei Einhaltung bereits festgelegter Restriktionen, z.B. regionaler Grüngürtel und 1000m-Abstand um die Ortslage Tawern-Fellerich, bei erster Betrachtung die Errichtung von Windkraftanlagen möglich. In südwestlicher Rich-

tung vom höchsten Punkt des Fellericher Plateaus, Rölerhöcht, 371 m ü.NN, weht der Wind dauernd so stark, dass vier bis sechs Anlagen mit einer Leistung von je 3 MW wirtschaftlich betrieben werden könnten. Eine Ausdehnung der Windkraftstandorte in Richtung des Onsdorfer Waldgebietes Lumbüsch wäre noch zu untersuchen.

Für ein Windrad sind 5 Hektar für das Fundament, Abstandsflächen, Flächen für Zuwegung und Kabeltrasse und Flächen für Ausgleichsmaßnahmen anzusetzen, für die als jährliche Pacht an die Grundstückseigentümer ca. 33.000 € bis 36.000 € zu zahlen wären.

Antreiber oder Getriebener?

Kommentar von Egon Sommer, von 1999 bis 2009 Mitglied des Ortsgemeinderates Tawern und Vorsitzender der SPD in Tawern

Die Monopoly-Spielregeln: Zurück auf Start, gehe nicht über Los oder gehe ins Gefängnis – diesem Motto hat sich Tawerns Ortsbürgermeister scheinbar ernsthaft unterworfen.

Vor dem Hintergrund des endgültig gescheiterten Tawern-Temmeler Gesamtprojektes namens „Ferien auf dem Golf“ oder „Wohnen auf dem Golf“, „Plateau27“ und jetzt zuguterletzt „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Fellericher Plateau“, staunt man nun umso mehr, wie beharrlich Josef Weirich mit seiner christdemokratischen Anhängerschaft immer noch ein fremdgesteuertes und rechtswidriges Monsterbauvorhaben weiter verfolgt. Für wen überhaupt?

Es stellt sich die Frage, ist er Antreiber oder ist er Getriebener in dieser Sache?

Wie im mehrheitlich CDU-besetzten Verbandsgemeinderat Konz scheint man auch bei der Tawerner CDU-Fraktion der These zu folgen: „Wir glauben unserem Bürgermeister.“

Mit der hypothetischen und gebetsmühlenhaften Aussage, man wolle nur das Beste für Tawern, unterbleibt jede Abwägung über Zulässigkeit und Erfordernis des Vorhabens. Wo bleibt die kritische Selbstprüfung, wenn nach fast 12 Jahren Hauen und Stechen nichts anderes erreicht worden ist als Kosten, Kosten und nochmal Kosten zu verursachen und Schulden aufzutürmen.

Allein die durch einen fragwürdigen Rechtsbeistand verursachten mehrere Hunderttausend Euro Kosten lassen erschauern. Würde dieser gemeindliche Ratgeber tatsächlich die Interessen der Gemeinde vertreten, dann hätte er schon vor etlichen Jahren die Aussichtslosigkeit feststellen müssen. Inwieweit der frühere Bürgermeister der VG Konz, Winfried Manns, als Vater des Golfparkgedankens noch hinter der hartnäckigen Durchhaltetaktik steckt, darf hinterfragt werden. Als heutiger geschäftsführender Direktor des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz könnte er immer noch die Golfpark-Strippen ziehen.

TAWERN I

Aus dem Ortsgemeinderat Tawern

Sitzung vom 20.10.2011

(red) Neue Örtlichkeit – alte Leier. Auch die erste Sitzung im noch nicht eingeweihten Bürgerhaus hatte das alte Thema Golfpark auf der Tagesordnung; zu erkennen an den vielen Zuschauern.

Vornehmlich Grundstücksbesitzer, und damit wohl die Einzigen, denen man ein legitimes Interesse an Verkauf und Bebauung der Grundstücke einräumen darf.

Golfpark II und kein Ende

Zu Beginn stellte die SPD-Fraktionsvorsitzende Karla Kroon an Gemeindevorstand Dr. Laubenstein die Frage, was denn nun mit dem seit langem erwarteten Gutachten zum Thema Belastbarkeit des raumordnerischen Entscheides (ROE) sei. Hintergrund der Frage war die Tatsache, dass sich Laubenstein in der letzten Sitzung weit aus dem Fenster gelehnt hatte mit der Behauptung, das neue Siedlungsprojekt ausschließlich auf Tawerner Flur sei durch den alten Feriendorf-ROE abgedeckt.

Was dann folgte, war eine lange Erklärung, die bei den im Publikum anwesenden Golfparkgegnern eher Schmunzeln als Empörung hervorrief. Die seit Monaten mit der Prüfung des ROE beauftragte Kanzlei hätte dem Auftrag noch nicht nachkommen können, da die Unterlagen zwar von der Verbandsgemeinde versandt, jedoch nie dort angekommen seien(!).

Ob die Unterlagen schneller bei der Kanzlei angekommen wären, wenn diese herausgefunden hätte, dass der alte ROE auch für das neue Projekt verwendet werden kann?

SGD Nord antwortet auf SPD-Anfrage

Anschließend empörte sich Laubenstein auch noch über die Einmischung der SGD Nord. Diese hatte nach einer Anfrage durch die SPD-Fraktion erklärt, dass nach jetzigem Stand der Planungen für das neue Projekt auf Fellericher Gemarkung eine neue raumordnerische Entscheidung herbeigeführt werden müsse. Die daraus resultierende Feststellung, dass das Projekt damit faktisch tot wäre, darf als herber Rückschlag für die Befürworter in den Reihen der Rats-CDU angesehen werden.

Dr. Laubenstein bezeichnete das SGD-Nord-Schreiben – unterstützt durch Bürgermeister Weirich – als „politische Einmischung“. Als ob der gesamte Verlauf des Golfparkprojektes kein Politikum gewesen sei!

Die nach der Erklärung Laubensteins beginnende Beratung begann zunächst mit einem Schlagabtausch zwischen SPD und CDU, genau dieses Schreibens der SGD wegen. Die SPD hatte völlig zu Recht das Versäumnis der Ortsgemeindeverwaltung nachgeholt und die SGD um eine Stellungnahme gebeten. Die Ratsmitglieder sollten Sicherheit für die weiteren Entscheidungen erhalten, was den CDU-Leitwölfen Weirich und Müller natürlich missfiel. Je weniger deren Fraktion weiß, umso leichter fallen natürlich die Entscheidungen pro Golfpark.

Und so verwundert auch nicht die Empfehlung von Weirich, Müller und Laubenstein: der vorhabenbezogene Bebauungsplan muss jetzt erst recht her, um die SGD zu einer offiziellen Stellungnahme zu zwingen.

Investorenanwalt Jeromin übernimmt Sitzungsleitung (!)

Dann folgte die Vorstellung der aktuellen Projektpläne durch das von Investor Feidt beauftragte Planungsbüro. Während diese eher nüchtern und sachlich vor dessen Augen vonstatten ging, begann ein Stück aus dem Tollhaus. In der laufenden Sitzung, während den Erklärungen des Planungsbüros, winkte Investorenanwalt Jeromin den CDU-Fraktionsvorsitzenden Thomas Müller hinaus ins Foyer des Bürgerhauses. Was

die beiden dort außerhalb der Sitzung beratschlagten, wird ihr Geheimnis bleiben. Was dann jedoch folgte, darf als an Frechheit grenzende Dreistigkeit bezeichnet werden. Müller stellte artig (abgesprochene?) Fragen, die Jeromin dann umfänglich beantwortete, ehe er dann - ohne Aufforderung durch den Vorsitzenden Weirich - weiter das Wort behielt und die Werbetrommel für den Wohnungsbau auf der grünen Wiese rührte. Die Details ersparen wir den Lesern an dieser Stelle. Am Ende kam dann - wen überrascht's - Dank CDU-Mehrheit, der unvermeidliche Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit heraus.

Jahresabschluss 2009

Die Verbandsgemeindeverwaltung in Konz kommt schon seit geraumer Zeit mit der Arbeit nicht mehr hinterher. So kommt es, dass erst Ende 2011 der Rechnungsprüfungsausschuss seiner Arbeit nachgehen konnte. Da es keine Beanstandungen gab, bzw. die Fragen bis zur Sitzung geklärt werden konnten, erteilte der Rat dem Ortsbürgermeister, dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde und dem Beigeordneten mit eigenem Geschäftsbereich die erforderliche Entlastung für das Rechnungsjahr 2009.

Bündelausschreibung für den kommunalen Strombedarf

Ende 2013 laufen die Lieferverträge für den kommunalen Strom aus. Der Rheinland-Pfälzische Städte- und Gemeindebund sammelt deshalb von den einzelnen Kommunen die Wünsche für die Stromlieferung und schreibt dann bündelweise aus, um einen besseren Preis zu erzielen. Zur Auswahl stehen – vereinfacht gesagt – drei unterschiedliche Anbietersformen:

1. **Erzeugung egal, Hauptsache billig (die VG Saarburg hat z.B. so entschieden, obwohl sie im „Einzugsgebiet“ von Cattenom liegt)**
2. **Erzeugung aus erneuerbaren Energien ohne Neuanlagenquote (typisch hierfür sind Stromimporte aus skandinavischen oder österreichischen Wasserkraftwerken)**
3. **Strom von Erzeugern erneuerbarer Energien, die ihre Gewinne wieder in die Errichtung neuer regenerativer Anlagen stecken (typischerweise Genossenschaften wie die Elektrizitätswerke Schönau oder Greenpeace Energy)**

Da letzteres der einzig zeitgemäße Weg in eine 100% regenerative Stromerzeugung ist, und weil die VG-Werke in Zukunft selbst verstärkt auf diesem Gebiet tätig werden wollen, erschien der SPD-Fraktion die Auswahl dieser Variante 3 nur logisch – oder, um es mit der Kanzlerin auszudrücken: „alternativlos“.

Wer selbst Strom aus erneuerbaren Quellen verkaufen will, der sollte den doch auch einkaufen. Nach kurzer Diskussion war jedoch klar, dass sich Verwaltung und CDU-Fraktion im Vorfeld bereits auf Variante 2 geeinigt hatten. Entsprechend lief dann auch die Abstimmung.

Besonders der 1. Beigeordnete Joachim Weber zeigte sich dabei noch stolz wie Oskar, dass die VG Konz etwas für die Umwelt tut. Zu wenig und zu inkonsequent, nach Auffassung der SPD.

Übertragung der Erneuerbaren Energieerzeugung an die VG Werke

Nahtlos ging es dann weiter mit dem Thema Strom. Da immer mehr Ortschaften innerhalb der VG Konz Flächen oder Dächer für Windkraft oder Photovoltaik zur Verfügung stellen wollen, selbst jedoch diese Aufgabe nicht stemmen können, ist die Idee, dass die VG Werke diese Aufgabe übernehmen und die Gewinne dann wieder an die Gemeinden zurück fließen. An sich eine gute Idee, die man nur unterstützen kann. Wären da nicht die – bewussten oder unbewussten – handwerklichen Fehler der Verwaltung in der Beschlussfassung. Hier war nämlich nur die Rede vom Abtreten des Rechts der Ortsgemeinde, auf eigenen Flächen Strom zu erzeugen. Wie die (hoffentlich) erzielten Gewinne wieder zurück fließen sollen, blieb unerwähnt. Nach einem zum Teil heftigen Schlagabtausch zwischen der SPD und vor allem den beiden 1. und 2. Beigeordneten der VG, Joachim Weber und Walter Bamberg, dämmerte es wohl auch dem ein oder anderen CDUler, dass dieser Beschluss noch unausgegoren war. Mit drei Stimmen der CDU Fraktion konnte deshalb mit der denkbar knappen Mehrheit von einer Stimme die Absetzung der Abstimmung erreicht werden.

Kommunaler Entschuldungsfond

Um den klammen Kommunen unter die Arme zu greifen, hatte noch die alte SPD-Alleinregierung in Mainz den kommunalen Entschuldungsfond ins Leben gerufen. Ziel ist es, vor allem bei der Minimierung der Liquiditätskredite zu helfen (vergleichbar mit dem „Dispo“ bei Ottonormalverbraucher). Da Tawern mit der Erhöhung der Grundsteuer B seinen eigenen Beitrag an der Verminderung der Schulden geleistet hat, darf das Dorf daran teilnehmen.

Eine Küche für das neue Bürgerhaus

Als letzter Auftrag vor der Eröffnung des neuen Bürgerhauses konnte am Ende noch die Anschaffung einer Küche beschlossen werden, bevor zum Abschluss im nichtöffentlichen Teil noch einige Bauanträge zu beraten waren.

TAWERN II

Aus dem Ortsgemeinderat Tawern Sitzung vom 06.12.2011

(red) Am Nikolaustag fand die letzte Gemeinderatssitzung im Jahr 2011 im neuen Bürgerhaus statt. Zur Feier des Tages sorgte der zeitgleich im kleinen Saal probende Tawerner Kirchenchor für die musikalische Untermalung der Sitzung, „auf meine Einladung hin“, wie Bürgermeister Weirich zur allgemeinen Erheiterung während der Sitzung feststellte.

Seit langer Zeit war Golf diesmal kein Thema der Tagesordnung. Die durch die Bank einstimmigen Beschlüsse täuschten jedoch darüber hinweg, dass es bei zwei Punkten zu teils kontroversen Diskussionen kam.

Erweiterung Kindergarten

Nachdem zur Einwohnerfragestunde niemand erschienen war (Liebe Tawerner – warum eigentlich nicht?), ging es sofort los mit der Erweiterung des Kindergartens (zur Erinnerung: der Anbau ist notwendig geworden wegen des gesetzlichen Anspruches auf einen Krippenplatz für Einjährige ab 2013).

Hier ging es um zwei Dinge: zum Einen um die Einigung auf ein Energiekonzept für Alt- und Anbau, und zum Anderen um den grundsätzlichen Beschluss zum Anbau. Unstrittig war in allen Fraktionen, dass schnellstmöglich mit dem Anbau begonnen werden muss.

Der formale Beschluss hierzu war deshalb noch in diesem Jahr notwendig, um an Fördermittel des Kreises ran zu kommen. Leider wurde das Jahr 2011 aufgrund der *Golfpark-Prioritäten der CDU* nicht genutzt, um die Planungen frühzeitig zu Ende zu bringen.

Extra - Kindergartenerweiterung

(cb) Da kann einem schon schwindelig werden. Sage und schreibe 920.000 € für die Variante mit Ölheizung ohne energetische Sanierung. 1,4 Mio. € betragen nach Berechnung des Architekten die Kosten für Erweiterung und Umbau des Kindergartens mit energetischer Sanierung des Altbaus.

Angebaut wird ein ca. 15m mal 10m großer Gebäudeteil links neben dem bestehenden Bauwerk (vom Marktplatz aus gesehen, dort, wo sich zurzeit noch die Garage der Gemeindearbeiter befindet). Dieser Anbau soll zunächst zweigeschossig sein, bei Bedarf jedoch später aufgestockt werden können. Durch den Anbau wird die gesetzlich vorgeschriebene Aufnahme von einjährigen Kindern („Krippenplatz“) ab 2013 erfüllt. Durch den Um- und Anbau werden auch lange notwendige Maßnahmen wie Erneuerung der Toiletten, eine größere Küche, Wickelraum, Besprechungsräume etc. verwirklicht. Eine absolut lohnende Investition, sicherlich. Die für den Laien auf den ersten Blick ungewöhnlich hohen Kosten rühren von gesetzlichen Vorgaben für öffentliche Bauten her, die nicht direkt mit dem Privatbereich vergleichbar sind. Das größere Problem für die Gemeinde ist, dass der größte Teil der Kosten alleine aufgebracht werden muss, obwohl die Bereitstellung der Plätze vom Bund per Gesetz gefordert ist. Wieder ein gutes Beispiel, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Land und Bund dringend neu geregelt werden muss.

Festhalten am Öl oder zeitgemäßes Energiekonzept ?

Strittig war das zu verwirklichende Energiekonzept. Der Bauausschuss hatte wenige Tage zuvor mehrheitlich eine Empfehlung gegeben, eine neue Ölheizung für beide Gebäude zu installieren. Die SPD Fraktion wollte vor der Entscheidung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung von den Planern bekommen, ob eine energetische Sanierung des Altbaus in Verbindung mit einer Wärmepumpe (ebenfalls vom Architekten vorgestellt) nicht die mittelfristig günstigere Alternative sei – vom umweltschützenden Aspekt ganz zu schweigen.

Schimpfworte gegen SPD-Fraktion

Die noch nicht geklärte Frage, welche Fördermöglichkeiten es im Falle eines modernen Energiekonzeptes gäbe, löste bei der CDU zum Teil heftige Reaktionen und Angriffe in Richtung SPD-Fraktion aus. Auch der Erste Beigeordnete der Verbandsgemeinde Konz, Joachim Weber, machte, ohne genaue Zahlen zu kennen, wenig Hoffnung auf eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht. Nur mit Blick auf die nackten Zahlen der Investitionskosten wurde den Sozialdemokraten am Ende gar „Verantwortungslosigkeit“ durch ein CDU-Ratsmitglied vorgeworfen, statt anzuerkennen, dass der SPD-Vorschlag der Gemeinde mittel- und langfristig Geld sparen will.

Nach längerem Schlagabtausch ging Bürgermeister Josef Weirich schließlich auf den Vorschlag der SPD ein und schlug vor, beide Varianten zur Prüfung bei der Kreisverwaltung einzureichen, sobald das federführende technische Planungsbüro seine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt hat.

Vermutlich im festen Glauben, dass die Kreisverwaltung diese Variante sowieso kippen wird. Dieser Beschlussvorschlag fand allgemeine Zustimmung. Man wird sehen, wie es weitergeht. Notiz am Rande: vom 400.000,- € Zuschuss durch Antoine Feidt (Golfpark-Investor) sprach seitens der CDU niemand mehr.

Verbandsgemeindewerke für künftige Energieerzeugung zuständig

Mehr Brisanz brachte der nächste Punkt; die Übertragung der Aufgabe Energieerzeugung an die Verbandsgemeindewerke. Zur Verwunderung der SPD Fraktion wurde der gleiche Beschlussvorschlag wie beim letzten Mal vorgelegt (siehe Bericht vom 20. Oktober). Schnell entkräftete der Beigeordnete Weber die Befürchtungen der SPD Fraktion, dass die CDU nun die „Reihen geschlossen“ hat und einfach den gleichen Antrag wie beim letzten Mal mit ihrer Mehrheit durchbringen wird. Das Gegenteil war jedoch der Fall; sowohl Weber als auch die CDU-Fraktion übernahmen wie selbstverständlich die Argumente der SPD aus der Sitzung vom 20.10.2011 - die da noch vehement vor allem vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Müller kritisiert worden waren.

Heraus kam dann ein Beschluss, der sowohl die Autonomie der Ortsgemeinde stärkt, als auch die Forderung des SPD-Gemeindeverbandes in der VG Konz widerspiegelt, die (hoffentlich!) zu erzielenden Gewinne mit Solar- und Windstrom für die Senkung und Stabilisierung der Gemeindeumlage zu nutzen.

(siehe Extra - Energieerzeugung vor Ort auf Seite 5)

Auch die Befürchtung von SPD-Fraktionssprecherin Kroon, dass die Gewinne des VG-Werke-Betriebszweigs Energie die zu erwartenden Verluste des Zweigs Schwimmbad ausgleichen müssen, konnte Weber zerstreuen. So wurde auch dieser Beschluss einstimmig gefasst. Einzig die beiden VG-Ratsmitglieder Christian Bock (SPD) und Josef Weirich (CDU) gaben am Ende zu bedenken, dass es eigentlich Sache der Verwaltung und des VG-Rates gewesen wäre, vorab einen Grundsatzbeschluss zur Verwendung der

Gewinne zu fassen, um so den Ortsgemeinden die Zustimmung zu erleichtern.

EXTRA - Energieerzeugung vor Ort

(kk) Grüne und SPD haben seit Jahrzehnten um den Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Atomkraft gekämpft. Was heutzutage 80 Prozent der Bevölkerung wollen - nämlich den Atomausstieg - konnten konservativ-liberale Kreise nicht mehr aufhalten.

Die 180-Grad-Wende in der Energiepolitik ist eher dem Druck der Bevölkerung geschuldet als der Einsicht der Atomlobbyisten. Für Merkel und Co. bedurfte es nach Tschernobyl noch der weiteren Atomkeule Fukushima/Japan, um zur Besinnung zu kommen.

Auch in der Verbandsgemeinde Konz ist die Wende eingeleitet; eigenartiger Weise war man dort in CDU-Kreisen laut eigenem Bekunden aber immer schon gegen die Atomenergie.

Energiegewinnung vor Ort und die Wertschöpfung in der Region zu belassen, ist die unumkehrbare Marschrichtung, der sich nun auch die VG-Konz verschrieben hat.

Zunächst recht unausgegoren (siehe Sitzung des OGR Tawern am 20.10.2011), lag dann in der Sitzung vom 6. Dezember 2011 ein Beschlusstext vor, der als wesentlichen Bestandteil festlegte, dass die zu erwartenden Gewinne aus der künftigen dezentralen Energieerzeugung an die Kommunen zurückfließen.

Die Verbandsgemeindewerke übernehmen mit der neuen Abteilung Energie die Aufgabe der Planung, Investition und Verwirklichung von Anlagen zur Stromherstellung aus erneuerbaren Energien. Dies entlastet die Gemeinden finanziell und erfordert selbst keine besondere Kompetenz in diesem Thema.

Die solidarische Gemeinschaft der Kommunen gewährleistet, dass auch *die* Gemeinden profitieren, die aus strukturellen Gründen weniger oder keine Möglichkeiten zur Stromherstellung auf ihrem Gemeindegebiet anbieten können. Zukünftig ist auch nicht ausgeschlossen, dass private Anbieter von Flächen mit dem „VG-Werk Energie“ zusammenarbeiten.

AUS DER VERBANDSGEMEINDE

Jugendnetzwerk Konz, was ist das?

(red) Es ist die bessere Alternative zum normalen Alltag von Kindern und Jugendlichen im außerschulischen Bereich des Landkreises Trier-Saarburg.

Ausgangspunkt des heutigen Jugendnetzwerkes ist das *Haus der Jugend Konz* (HdJ Konz), das sich im Laufe der Jahre entlang der Jugendzentrumsbewegung zu einer wichtigen Säule der sozialen Infrastruktur entwickelt hat.

Die Trägerschaft durch Landkreis Trier-Saarburg, Verbandsgemeinde Konz, Stadt Konz, Universität Trier - *Fachbereiche Pädagogik und Soziologie*, Evangelische Kirche, *vertreten durch die Kirchengemeinde Konz-Karthaus* und das Bistum Trier, *vertreten durch die Fachstelle Jugendpastorale Trier*, bietet Gewähr für die denkbar beste Betreuung in der Freizeit. Der Verein betreibt auf der Grundlage des Kinder- und Ju-

gendhilfegesetzes, des Sozialgesetzbuches Teil VIII (SGB VIII) Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Hierbei trägt insbesondere das Freizeit- und Kommunikationszentrum „Haus der Jugend Konz“ die Aufgabe, Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, der Bildung und der Kommunikation zu bieten.

Die Einrichtungen des Vereins stehen allen Einwohnern der Stadt und der Verbandsgemeinde Konz offen. Kommunikation:

Tel.: 06501 - 9 40 50, Fax: 06501 - 940 555

Email: info@junetko.de, Homepage: www.junetko.de

TAWERN III

Gebührenordnung Bürgerhaus Tawern

Nicht redaktionell

Auszug aus der Hausordnung – *ohne Gewähr*

Folgende Benutzungsentgelte werden je Veranstaltung festgesetzt:

1. Veranstaltungen der Ortsgemeinde sind grundsätzlich unentgeltlich.
2. Für die laufende, regelmäßige Nutzung des Hauses (z.B. Vereinsproben, Jugendarbeit, VHS) werden, sofern diese unentgeltlich bzw. nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind, keine Entgelte erhoben. Für vereinsinterne Veranstaltungen (z.B. Mitgliederversammlungen) ist die Benutzung des Bürgerhauses pro Verein einmal pro Jahr frei. Die Bestimmungen der Hausordnung gelten fort.
3. Öffentliche Veranstaltungen, die in der Absicht der Gewinnerzielung durchgeführt werden (Eintrittsgeld und/oder Verkauf von Waren, Speisen und Getränken), hat der Veranstalter einen Kostenbeitrag zu leisten von pro Veranstaltungstag:
 - für das gesamte Bürgerhaus 280,00 Euro
 - für jeden weiteren Veranstaltungstag 200,00 Euro
 - für den großen Saal, inkl. Nebenräume, Toiletten und Küchennutzung 220,00 Euro
 - für jeden weiteren Veranstaltungstag 180,00 Euro
 - für den kleinen Saal inkl. Nebenräume, Toiletten und Küchennutzung 130,00 Euro
 - für jeden weiteren Veranstaltungstag 80,00 Euro
4. Gebühren in dieser Höhe sind auch bei privaten Veranstaltungen fällig. Bei gewerblicher Nutzung erfolgt ein Aufschlag von 50 Prozent.

AUS DEM SPD-ORTSVEREIN

Politik- oder Politikerverdrossenheit?

(red) Das gilt nicht beim SPD-OV Tawern. Ein Mitgliederzuwachs gegen den allgemeinen Trend ist die erfreuliche Nachricht zum Jahresbeginn.

Artikel 21 des Grundgesetzes macht es deutlich:

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Diese von der Verfassung gewollte Einmischung in den politischen Alltag muss sich wieder verfestigen. Das Abwenden von der Politik hilft ausschließlich denen, die wir nicht wollen.

Regensburg und Nürnberg

SPD-Städtereise vom 17. bis 20. Mai 2012

(red) Als Kultur- und Erlebnisreisen sind die traditionellen viertägigen Städtetouren der Tawerner SPD zu verstehen. Seit 1996 finden sie jährlich statt und bieten interessierten Freunden von Kurzreisen Gelegenheit, deutsche und europäische Städtetouren kennenzulernen.

Nach Hamburg, München, Dresden, Paris, Berlin, London, Bremen und Bremerhaven, Brüssel, Prag, Leipzig, Amsterdam, um nur einige zu nennen, stehen über Christi Himmelfahrt 2012 gleich zwei kulturhistorische und geschichtsträchtige Großstädte, Regensburg und Nürnberg, auf dem Reiseplan.

Regensburg, geführte Besichtigungen in der histori-



Dom St. Peter und Uhrturn des Alten Rathauses von Regensburg
Foto: Avarim

Lizenz: CC-by-sa 3.0/de <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

schen Innenstadt, Exkursionen in das Umland mit Schiffstour durch den Donaudurchbruch zum Kloster Weltenburg, Besichtigung der Befreiungshalle nahe der niederbayerischen Stadt Kelheim, die als grandiose Gedenkstätte an die gewonnenen Schlachten gegen Napoleon während der Befreiungskriege in den Jahren von 1813 bis 1815 von König Ludwig I. erbaut wurde.

Nürnberg, die zweitgrößte Stadt Bayerns, bietet so



Weinstadel in Nürnberg-St. Sebald
Foto: Horst Gutmann

viel sicht- und erlebbare Historie wie nirgendwo sonst an vergleichbaren Orten in Deutschland. Sie gibt seit ihrer Gründung um 1000 bis 1040 Zeugnisse aller Geschichtsepochen, angefangen beim Spätmittelalter über die Neuzeit bis ins 19. und frühe 20. Jahrhundert. Auch Zeugnisse der unseligsten Zeit deutscher Geschichte, des Nationalsozialismus, sind in Nürnberg sichtbar. Als Stadt der Reichsparteitage war sie einer

der wichtigsten Orte nationalsozialistischer Propaganda. Im Zweiten Weltkrieg, am 2. Januar 1945 als Ganzes schwer beschädigt, hat Nürnberg beim Wiederaufbau unter Stadtbaumeisters Heinz Schmeißner die vormaligen Stadtstrukturen wieder zurückgewonnen.

Weitere Informationen und Anmeldungen zur Reise: Karla Kroon, Schulstraße 20, 54456 Tawern-Fellerich, Telefon: 06501 607040

E-Mail: k-kroon@t-online.de

DAS VORLETZTE

Tawerner Ortschef bedauert ... !

Neujahrsempfang als Golfpark-Propagandabühne

(es) Die Politik ist schuld! Die Landesregierung wolle den Golfpark aus politischen Gründen nicht haben, sagte Ortsbürgermeister Josef Weirich laut „Konzer Rundschau“ anlässlich des Neujahrsempfanges in Fellerich.

Was er verdrängt ist die Tatsache, dass nicht die Politik, sondern Baugesetzbuch und Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz den Bau-Wildwuchs in freier Landschaft verhindern. Zu glauben, statt des ursprünglichen touristischen Großprojektes nun ersatzweise einen ganzen Landstrich für Wohnungsbau zu Gunsten von Spekulanten zu verhökern, ist nicht mehr mit Naivität zu umschreiben. Das ist Rechtsbeugung. Dass diese auch noch von teuren Anwälten befeuert wird, verschlimmert den Vorwurf:

Tawerns Gemeindeführung hat sich total verrannt.

DAS LETZTE

Stabile Wasserpreise!

(cb) „Dadurch könne der Wasserpreis in den nächsten Jahren auf dem jetzigen Niveau gehalten werden.“

So die Werksleitung der VG Werke in einem Volksfreund-Artikel kurz vor Weihnachten zum neuen Entkalker im Hochbehälter Wasserliesch. Angesichts der Tatsache, dass gerade die Preise für den Tawerner Versorgungsbereich ein paar Tage vorher drastisch erhöht wurden – mit der Mehrheit der „Blockparteien“ CDU, FWG und FDP im VG Rat – und die Preise für den Konzer Versorgungsbereich stabil die Höchsten in der ganzen Großregion sind (der TV berichtet ebenfalls darüber), kann diese Aussage nur als Drohung angesehen werden ...

TAWERER SCHÄNZLER – DAS SPD-FORUM IN TAWERN

erscheint in loser Folge als kostenlose Ortszeitung für alle Haushalte in Tawern und Tawern-Fellerich.

Auflage: 1100 Stück
Redaktion: Onsdorfer Straße 29, 54456 Tawern
Telefon: (06501) 1 73 01
Telefax: (06501) 99 88 25
E-Mail: postfach@spd-tawern.de

Beiträge: Redaktionsteam (red)
Christian Bock (cb)
Karla Kroon (kk)
Egon Sommer (es)
Internet: www.spd-tawern.de
Herausgeber: SPD-Ortsverein Tawern
Schulstraße 20, 54456 Tawern